

Wochenschrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich, einmal Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 RM. Einzelnummer 30 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Beschrift. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 RM.

Nr. 33.

Berlin, 11. August 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: E. 33: Schaff Arbeit in der alten Ostmark. / E. 34: Hofmannen Danzig-Volen. / E. 35: Das deutsche Volksgewissen im Dienste preußischen Zeitalter. / E. 36: Der Aufbau der Ostmarken. — Wirtschaftspolitik in Ostmarken. / E. 37: Ostmarken. / E. 38: Zeitungsarbeit im Osten nach dem Krieg. / E. 39: Wandlung und Charakter. — Das Volkstum im Ostmarken. / E. 40: Evidente Tugenden des Kampfbundes für Preußen. / E. 41: Einleitung zur Ostmark-Zeitung. / E. 42: Der politische Aufstieg in Ostmarken. / E. 43: Was der Arbeiter des Bundes Deutscher Osten. / E. 44: Mittelmarken des Bundes Deutscher Osten. — Verhältnisse Ostmarken.

Schaff Arbeit in der alten Ostmark.

Von Staatsrat Wilhelm Rube, Schirmherr des Bundes Deutscher Osten.

Durch den Willen des Reichskanzlers Adolf Hitler und des preussischen Ministerpräsidenten Hermann Göring bilden die beiden preussischen Grenzprovinzen Brandenburg und Pommern ein normalwirtschaftlich für den Staat und organisationspolitisch für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei eine Einheit. Die drei Regierungspräsidenten Potsdam, Frankfurt (Oder) und Schneidemühl sind nationalsozialistisch besetzt. Die ganz überwiegende Mehrheit der Landrätsämter und der Oberbürgermeisterstellen der kreisfreien Städte ist ebenfalls von Nationalsozialisten besetzt, die aus der alten Garde des Gausse Kampfes und die in der politischen Zeitangabe in der SM. sich die Sporen verdient haben. Damit ist die für den Erfolg des Kampfes wie der Arbeit so notwendige Einheitlichkeit der Willensbildung wie der Zielsetzung gewährleistet.

Rach der Säuberung des Staatsapparates von dem Elementen des fluchtdelativen Vorkriegsregimes können wir nunmehr an die Arbeit gehen. Der letzte Reichsausschuss über die Lage auf dem Arbeitsmarkt zeigt, daß Brandenburg neben dem Rheinland und neben Westfalen noch am angünstigsten besetzt. Das liegt daran, daß Berlin mit seinem ungeheuren Arbeitslosendruck auf unsere Provinz belastet. Naturgemäß ist es nicht die Aufgabe unserer überwiegend landwirtschaftlichen Provinzen, Berlins Arbeits- und Arbeiternot allein zu überwinden. Das geht weit über die Kraft unseres Gaus hinaus. Der Reichshaupstadt zu helfen, ist die vornehmste Pflicht des Reiches und seiner Organe.

Ostpreußen und Pommern haben es als agrarische Provinzen ohne eine unverträgliche Großstadtbelastung erheblich leichter, ihren Beitrag gegen die Arbeitslosigkeit beizubringen. Die Lage unserer Nachbarprovinzen Schlesien und Sachsen ähnelt dagegen wieder mehr der unserer. Der vorbildliche Kampf der vom Reiche und von Preußen mit Recht bevorzugten Provinz Ostpreußen muß aber auch in der Kurmark und in der alten Ostmark alle Kräfte ansetzen, dem Reichskomplex und Führer Adolf Hitler treu bei der Arbeitsbeschaffung zur Seite zu stehen und es den Ostpreußen gleich zu tun. Was im Kreise Pommerns möglich ist, können Drosseln und Ostjerberg auch erreichen. In der Mehrzahl unserer brandenburgischen und grenznäheren Landkreise wie die Initiativen nationalsozialistischer Kreisverwaltung hinter dem ostpreussischer Beispiele nicht zurückbleiben.

Schwieriger liegen die Verhältnisse in Teltow, Niederbarnim, Tammeln, Calau, Werben, Uckermark, Guben und Cottbus. Auch die Städte der Niederlausitz werden ebenso wie Brandenburg, Rathenow und Wittenberge ohne Hilfe des Reiches des Elends ihrer Bevölkerung nicht Herr werden. Costellos ist die Lage in Schneidemühl und in den Kreisen des Spreewaldes, der Warthe- und der Netzebrücke. Hier gilt es für den preussischen Staat, die federationsfähigen Traditionen der Bauern- und Arbeitererbildung wieder aufzunehmen, die über ein Jahrhundert lang eingeschlagen waren, weil das 19. Jahrhundert und ein liberaler Egoismus den deutschen Osten bewußt vernachlässigt haben.

Die mittlere Ostmark, in die der Schandfrieden von Versailles blutige Wunden gerissen hat, meldet hiermit erneut ihre Ansprüche an das Reich und Preußen an: Helft endlich unserer treuen und fleißigen Bevölkerung, die in den letzten 15 Jahren unlosbarer ertragen hat! Ohne zu mühen ließ unsere Bauern immer wieder daran gegangen, den Sandboden zu befeuchten und nach dem Verfall der Zucker- und

Kornkammer Vollen Brot zu schaffen. Bei uns gibt es ganze Bauerngehöften mit unterernährten Kindern, weil das Verbroderbeligen des Knechts der Ärttern und Milttern das Brot aus der Hand riß, das für ihren Kindern gegen wollemt Vergeßlich haben die Arbeiter unserer Fach- und Rohlenindustrie auf eine Befreiung ihrer Lage gehofft. Jetzt wird und muß ihnen geholfen werden!

Ungehener sind die Aufgaben, die der Führung des Reiches und des preussischen Staates erwachsen. Es ist nicht Märkerart, müßig die Hände in den Schoß zu legen und auf die berühteten gebrotenen Lenden zu warten. „Hilf Dir selbst, so hilft Dir unser Herrgott!“ Dieser Spruch der Bauern aus der Uckerburger Heide, den Hermann Löns in seinem „Werkhof zum Gellertort“ macht, den wollen wir uns ebenfalls täglich ins Herz graben.

Ich rufe alle Landräte und Oberbürgermeister, alle Kreisleiter und SM-Führer, alle HS- und Betriebsleiter, alle die Kurmarkler, in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsgebern unserer beiden Provinzen aus Werk zu gehen, um ans tollfrohre Od überhendes Land der Arbeit zu machen.

Ein oder Wettbewerz aller Seite ein, damit Adolf Hitlers Kurmark, wie stets in der brandenburgisch-preussischen Geschichte, ehrenvoll in der Spitzengruppe der deutschen Landesherrschaften befestigt Reiner glaube, daß er zu geringe, wie am großen Werke mitarbeiten. Unser Geld geht nicht in die Sparbüchse, sondern in den Arbeitsprozess der Nation. Sparen soll ein Volk aus dem Ertrag seiner Arbeit. Einzelfischerei hat sich dem Volksdickicht unterworfen. Erst wenn alle wieder Arbeit haben, mag der einzelne an seine Zukunft denken. Jetzt denken wir an die, die bittere Jahre der Arbeitslosigkeit hinter sich haben und deren Kinder den stiftlichen Wert der Arbeit zum Sandboden ihres Daseins brauchen. War der Frühling-Winter von 1931 auf 1932 ein Jahr für Deutschland, so soll der Winter-Winter von 1933 auf 1934 ein Jahr der Wirtschaftserfolge für Deutschland werden. Den Gemeinden und Gemeindevorständen kann die Überlebens der sozialen Verpflichtungen nur durch Arbeitsbeschaffung abgenommen werden. Die Wirtschaft, die im Privatbesitz ist, muß wissen, daß sie mit großem Fleiß Vertrauen Adolf Hitlers mitbringen, weiser und befommener Staatsführung folgen kann. Nicht Phantasien hat der Führer mit der verantwortlichen Leitung der Wirtschaftspolitik betraut, sondern Männer, die sich bemüht haben und die frivole Experimente ebenso ablehnen wie das fure Verharren bei überlebten Methoden, das ihre Amtsvorgänger für wirtschaftliche Einsicht ausgaben. Frode Aufschlußkraft paart sich nunmehr in der deutschen Wirtschaftspolitik mit höchstem Verantwortungsgesühl.

Rach eine Gefahr könnte der Arbeitsbeschaffung drohen, wenn die Staatsführung nicht nationalsozialistisch wäre: Das Schicksal der gebenen Reichlichen Kompositionen hätte nicht anders durchzuführen war, dann mußten erst von zwölf Wörtern zwölf Schmirzle ihre Nase in die Angelegenheit gesteckt haben, ehe zur Tat geschritten wurde. Gutachten stand gegen Gutachten. Der Bauer war für die schmarzrotgelbe Bande ein Ding, nicht ein lebender fleischergebender Volksgesundheit. Im Dritten Reich ist der Arbeiter für das Volk da und nicht das Volk für den Arbeiter und seinen Dünkel, seine Überheblichkeit und

Magistrat Filipp
1933

Wendel

jeine treue Anhängerschaft. Der nationalsozialistische Beamte weiß zum Unterschied von dieser arroganten Gesellschaft, daß jene höchste Ehre darin besteht, wie niemand Friedrich der Große **Dienar am Staate und damit am Volk zu sein.**

War da vor einigen Jahren wieder einmal ein alles zerstörendes Hochmal in Speimrad. Der jüdische höhere Beamte, dessen treue Grabschrift von den schwarzrotgoldenen Systemräubern pflichtig behandelt wurde, konnte in betreffendes Gebiet nicht reisen. „Ich werde mich bei euch doch nicht Rheumatismus holen, ich bleibe hier in der Kneipe und warte, bis ihr von eurer Gefühlsregung zurückgekehrt seid.“ Das war das „Preußen“ der Seering, Abegg und Freter, seiner schwarzrotgoldenen Volksvererber, die drinsteht überheblich mit bornierter Unfähigkeit in sich versunken.

Der Beamte des Dritten Reiches ist dagegen gerecht, pflichtgetreu, wohlwollend und dienstbereit. Gerade weil wir Nationalsozialisten das Berufsamtament ehren und hochhalten, verlangen wir vom Beamten in der Verbundenheit mit allen Schichten des deutschen Volkes.

Weshalb Reich und Staatsverwaltung Hand in Hand arbeiten, wie es zur Zeit jeder preussischer Exaltation üblich war, werden wir in unisierter joidischer Verbundenheit miteinander auch der Arbeitslosigkeit Herr werden! Mit Adolf Hitler auch hier der Sieg!

Abkommen Danzig—Polen.

Die nationalsozialistische Danziger Regierung geht ganz neue Wege in der Politik gegenüber Polen. Die erste Überbrückung vom Versuch des Senatspräsidenten Raushning in Warschau. Ganz offensichtlich waren die Polen erfaucht und suchten ihre Verlegenheit hinter größter Fremdbildlichkeit zu verbergen. Jetzt hat die Danziger Regierung dem zweiten Angriff gegen den alten Feind, das Mißtrauen des polnischen Volkes gegen die deutsche Art, durchgeführt. Unter Mitwirkung des Kommissars des Völkerbundes in Danzig ist die Rechtsgrundlage für eine unmittelbare Verständigung zwischen Danzig und Polen geschaffen worden. Ein wichtiger Vorvertrag zu einem Mittels September abzuschließenden Vertrage ist am 5. August zwischen Danzig und Polen abgeschlossen. Es handelt sich um ein **Übereinkommen über die Besetzung des Danziger Hafens, um ein Übereinkommen über die Behandlung polnischer Staatsangehöriger in Danzig und um einen Schriftwechsel über die Regelung der Streitfragen über Ratifikationsurkunden, Pässe und die Exequaturerteilung an Konsuln.**

Senatspräsident Raushning erklärte im Danziger Volksrat, daß die Abkommen die Grundlage für einer Gesamtvereinbarung der zwischen Danzig und Polen bestehenden Streitfragen bilden solle. In einer Vertrauenskundgebung des Volkstages hat die Vertretung der Bevölkerung der Freien Stadt die Bemühungen der Regierung zur Anbahnung eines fernandabstehenden Verständnisses und zur Herbeiführung eines wirklichen Friedens zwischen Danzig mit der Republik Polen begrüßt. Der Volksrat hat die Erwartung ausgesprochen, daß Polen den berechtigten Danziger Interessen Rechnung tragen wird.

Hoffentlich wird Polen dies tun. Bisher haben derartige Erwartungen immer getrogen. Der Verlust, eine allgemeine Verständigung mit Polen herbeizuführen, ist schon einmal gescheitert. Demals war es nicht die Danziger, sondern die Reichsregierung, die den Verlust an einem so wertvollen Verhandlungsgegenstand, dem Streitgegenstand Danzig und dem deutschen Volkstum einzulösen. Diese Equivokationsabkommen vom 31. Oktober 1929 sollte als erster Anfang einer Verständigung vor allem die polnischen Entgegnungen des Volkes unterbinden. An aller Form verurteilte Polen auch darauf, weiterhin deutsches Eigentum zu enteignen. Diese Verpflichtung hat aber Polen in vielen Hunderten von Fällen unter dem Deckmantel einer sozialen Reformen verletzt. Diese Verletzungen sind in der letzten Zeit in dem Maße, wie bisher das Deutschland angegriffen. Wir können deshalb nicht so ohne weiteres glauben, daß Polen nunmehr eine so völlig andere Politik treiben wird. Von höchster Bedeutung ist allerdings für die Beurteilung der Lage die Tatsache, daß das neue Abkommen zwischen Danzig und Polen von einer nationalsozialistischen Danziger Regierung abgeschlossen worden ist.

Sie hat vor allem folgendes erreicht: Polen hat in dem Abkommen anerkannt, daß es sich um ein Verbrechen handelt, den Danziger Hafen auszunutzen. Die polnische Regierung verpflichtet sich, unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Rückgang des seewärtigen Verkehrs (Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr), der gegenwärtig über den Hafen von Danzig geht, unter Berücksichtigung der Quantität und der Qualität der Ware zu verbinden. Die polnische Regierung wird in Zukunft den Hafen von Danzig, so weit dies in ihrem Machtbereich liegt, eine gleiche Beteiligung an dem seewärtigen Verkehr sichern, wie sie Sdinger hat. Wenn Polen die Verpflichtungen erfüllt, so ist im Konkurrenzkampf zwischen Sdinger und Danzig das eine erreicht, daß die durch Döngel verursachte verhängnisvolle Abwärtsbewegung des Danziger Seehandels abgelehrt wird. Wie dieses Vereinbarung über die Ausnutzung des Danziger Hafens sich praktisch auswirken wird, hängt von dem Verhalten Polens im Vertragserfüllung ab. Wenn es mit der Danziger Hafen, so wie es in seiner Macht liegt, umzugehen, ausnutzen. Nach den Erfahrungen, die Danzig bisher mit Polen gemacht hat, müßten starke Zweifel aufkommen, daß Polen diese Klausel wirklich loyal erfüllt. Diese Bedenken sind aber nicht mehr entscheidend, denn die nationalsozialistische Regierung in Danzig hat in dem Vorvertrag eine Klausel gebracht, nach der sich die Parteien verpflichten, die Streitfragen im Falle eines Scheiterns in angemessener Weise selbstständig in Verbindung zu kommen und zu bleiben, um eine Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen zu sichern. Dies ist das grundlegendste Neue in der Politik zwischen Danzig und Polen und typisch nationalsozialistisch. Die praktischen politischen und wirtschaftlichen Fragen sollen nicht mehr in langwierigen Verhandlungen zwischen den Regierungen, sondern durch direkte Verhandlungen und Zusammenkünfte.

Damit ist die Möglichkeit gegeben, zwischen Danzig und Polen eine wirklich lebendige Verbindung herzustellen, die Spannungen beseitigen und die Beziehungen zwischen Danzig und Polen ganz wesentlich verbessern wird.

Das zweite Abkommen regelt die Rechtsverhältnisse polnischer Staatsangehöriger und anderer Personen polnischer Herkunft oder Sprache auf Danziger Gebiet in Bezug auf den Unterricht und den Sprachgebrauch in Danzig. Danach werden in Danzig öffentliche Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache errichtet werden, und zwar auf schriftlichen Antrag von Erziehungsberechtigten für mindestens 40 Schulkinder polnischer Herkunft oder Sprache, die in derselben Gemeinde oder Nachbargemeinde in einem Umkreis von 5 Kilometer wohnen. Eine öffentliche Volksschule bzw. eine Klasse mit polnischer Unterrichtssprache darf nur aufgestellt werden, wenn es sich um mindestens drei aufeinanderfolgender Schulkinder weniger als 40 beträgt und wenn anzunehmen ist, daß diese Zahl ständig juristisch gehen wird. An den öffentlichen Volksschulen bzw. Klassen mit polnischer Unterrichtssprache werden nur Lehrbücher und andere Lehrmittel in polnischer Sprache verwendet, die nichts enthalten, was das polnische Volkstum zu verächtlich macht. Außerdem können in Danzig errichtet werden. Den Polen ist vollkommen überlassen, welche Art von Anhalten sie gründen wollen. Nur die eine Bedingung besteht, daß die Privatschulen nicht minderwertiger sein dürfen in Bezug auf den Lehrplan, die Organisation und die wissenschaftliche Bildung des Lehrkörpers als die öffentlichen Schulen. Die Kinder von Danziger Staatsangehörigen polnischer Herkunft, die zu Hause, in der Privatschule oder in öffentlichen Schulen in Danzig unterrichtet sind, sind von der Verpflichtung zum Besuch öffentlicher Schulen befreit.

Den Polen wird also in weitgehendem Maße gestattet, ihre Kinder auf Danziger Boden in polnischer Sprache zu erziehen. Darüber hinaus wird den Polen der freie Gebrauch ihrer Muttersprache in der Presse, bei Veröffentlichungen jeglicher Art, bei öffentlichen und privaten Versammlungen, ferner auch vor den Behörden gestattet. Danzig verpflichtet sich außerdem, bestimmte Zeugnisse und Diplome von höheren Schulen und Lehranstalten anzuerkennen, die in Polen erworben sind. Endlich wird den Polen auch noch zugesichert, daß keine Danziger Staatsangehörigen polnischer Nationalität irgendwelche Nachteile aus dem Besuch von polnischen Schulen durch ihre Kinder erfahren.

Wie würden die Deutschen in Polen froh sein, wenn sie auch nur annähernd soviel Rechte hätten, wie sie jetzt die Danziger Regierung den Polen gegeben hat, ohne international irgendwem dazu verpflichtet zu sein. Polen, dem durch den Verbleibensvertrag die Verpflichtung auferlegt ist, der deutschen Minderheit ein kulturelles Eigenleben zu gewährleisten, hat sich Jahr für Jahr gerade im Schulwesen die schwersten Verletzungen der Minderheitenschutzbestimmungen selbsthand kommen lassen. Um so größere Bedeutung erhält das freiwillig von Danzig gewährte Minderheitsrecht. Die Tat der Danziger Regierung beweist mit nicht zu überschätzender Deutlichkeit, daß es den deutschen Nationalsozialisten ernst ist mit dem Grundgesetz, fremdes Volkstum zu schützen.

Ein bereit weitgehendes Minderheitsrecht, wie es jetzt in Danzig geschaffen ist, aber für das deutsche Volkstum in Danzig nicht deshalb fragbar, weil es von Nationalsozialisten geschaffen und von ihnen auch die praktische Durchführung überwacht wird. Nur die Tatsache, daß das Abkommen mit der nationalsozialistischen Danziger Regierung abgeschlossen ist, gibt die Sicherheit, daß durch das neue Schwabert keine Verdrängung der deutschen Minderheit in Danzig durch die Polen geschehen wird. Ganz anders liegen die Verhältnisse, als die marxistische preussische Regierung, ebenfalls ohne dazu verpflichtet zu sein, unser preussisches Minderheitsrecht schuf, durch das den Polen in großartigster Weise die Gründung von öffentlichen und privaten polnischen Schulen in Preußen gestattet wurde. Ein derartiges Minderheitsrecht im liberalistischen Staat bedeutet für das Volkstum der Grenzgebiete eine große Gefahr, weil fast 100 % der in Deutschland unterrichtenden polnischen Lehrer waren polnische Staatsangehörige, die in Polen besonders für die Wertpapiertstellung in Deutschland vorgebildet waren.

Die Polen müssen sich darüber klar sein, daß die nationalsozialistische Regierung in Danzig in dem Maße, wie sie die Rechte ihrer polnischen Staatsbürger sichergestellt hat, darüber wachen wird, daß diese die ihnen freiwillig gewährten

Rechte nicht zum Schaden des deutschen Volkstums mißbrauchen. Die Zukunft wird uns recht bald zeigen, ob Polen auch wirklich mit aufrichtigem Willen zu einer Verständigung und nicht mit innerem Vorbehalten diese wichtigen Abkommen mit Danzig geschlossen hat.
Dr. Sill.

Das deutsche Volksschulwesen im ehemals preußischen Teilgebiet.

Das einst blühende deutsche Volksschulwesen in Polen und Pommerellen ist im Schuljahr 1932/33 wieder von der polnischen Schulbehörde erheblich eingegrenzt worden.

Die Zahl der in polnische Schulen gebenden deutschen Volksschulkinder hat sich auf 17 742 gegen 16 629 im Vorjahre erhöht, so daß heute von der Gesamtzahl 36 149 bereits 49,1 v. H. aller deutschen Volksschüler polnische Schulen besuchen. Der katalitrophe Niedergang des deutschen Volksschuls in Polen-Pommerellen wird noch deutlicher, wenn wir diesen Zahlen diejenigen des Schuljahres 1924/25 gegenüberstellen. In dieser 8 Jahre zurückliegenden Zeit bestanden „nur“ 294 v. H. aller deutschen Volksschüler polnische Schulen; heute 49,1 v. H.

Die Zahl der deutschen Unterrichtsbetriebe ist natürlich auch entsprechend zurückgegangen. Heute bestehen nur noch 222 solche Betriebe, davon 97 selbständige deutsche Schulen und 125 an polnische Schulen angegliederte deutsche Klassen. Im vergangenen Schuljahr 1931/32 standen diesem 222 noch 240 deutsche Unterrichtsbetriebe gegenüber, davon 98 selbständige deutsche Schulen und 142 angegliederte Klassen. Erschütternd wirkt die gegenwärtige Zahl von 222, wenn wir sie mit der Zahl vom Schuljahr 1924/25 vergleichen. Damals hatte das Gebiet Polen-Pommerellen 537 deutsche Schulen und Klassen auf. Unter den heutigen 222 deutschen Schulen bzw. Klassen sind außerdem noch 49 Betriebe enthalten, deren Charakter nicht mehr als rein deutsch anzusprechen ist, da in ihnen außer den polnischen Sprachlehren noch andere Fächer wie Geschichte, Erdkunde, Gesang und Turnen in polnischer Sprache erteilt werden. Im vergangenen Schuljahr gab es „nur“ 33 solcher Betriebe, im Schuljahr 1924/25 noch gar keine.

Auch in die deutsche Volksschulbehörden hat das letzte Schuljahr wieder eine empfindliche Lücke gerissen. Während 1931/32 noch 252 deutsche Lehrer an öffentlichen deutschen Unterrichtsbetrieben tätig waren, haben wir im Schuljahr 1932/33 nur noch 212 deutsche Lehrer. Ihre Zahl hat sich also im letzten Jahr um 40 Kräfte vermindert.

Der seit Bestehen des polnischen Staates durch minderheitenfeindliche Maßnahmen bewirkte Niedergang des deutschen Volksschulwesens zeigt sich deutlich in der Zusammenstellung der wichtigsten Zahlen vom Jahre 1924—1933.

Schuljahr	Von der Gesamtzahl der in Polen und Pommerellen vorhandenen deutschen Volksschüler gingen:	
	a) in deutsche Unterrichtsbetriebe	b) in polnische Unterrichtsbetriebe
1924/25	70,2%	29,8%
1925/26	66,6%	33,4%
1926/27	63,4%	36,6%
1927/28	62,0%	38,0%
1928/29	58,2%	41,8%
1929/30	54,8%	45,2%
1930/31	55,5%	44,5%
1931/32	52,5%	47,5%
1932/33	50,9%	49,1%

Die besonders „fürchtliche“ Behandlung des Korridorgebietes Pommerellen zeigt uns folgende Aufstellung. Es gingen von der Gesamtzahl der deutschen Volksschüler in Pommerellen:

im Schuljahr	in deutsche Unterrichtsbetriebe	in polnische Unterrichtsbetriebe
1924/25	51,9%	48,1%
1925/26	47,0%	53,0%
1926/27	40,5%	59,5%
1927/28	45,4%	54,6%
1928/29	37,5%	62,5%
1929/30	33,3%	66,7%
1930/31	32,6%	67,4%
1931/32	28,8%	71,2%
1932/33	27,2%	72,8%

Der Niedergang der deutschen Unterrichtsbetriebe in Pommerellen wird auch noch in folgender Zusammenstellung deutlich:

im Schuljahr 1928/29	waren 126 deutsche öffentl. Unterr.-Betriebe
1927/28	" 106 " " " "
1928/29	" 73 " " " "
1929/30	" 61 " " " "
1930/31	" 52 " " " "
1931/32	" 48 " " " "
1932/33	" 38 " " " "

Unter den 38 deutschen Betrieben im Schuljahr 1932/33 sind allein 27 Unterrichtsbetriebe, deren deutscher Charakter durchbrochen ist.

Die Verordnung des Polenens Kultusministeriums vom 10. März 1920 über die Neuordnung des Schulwesens im ehemaligen preußischen Teilgebiet, in der bestimmt wird, daß für 40 Kinder deutschsprachiger Eltern in einer Gemeinde eine besondere Schule oder Klasse einzurichten ist, hat heute leider für die deutsche Minderheit in Polen keine Bedeutung mehr. Die Fälle, in denen Schulen mit mehr als 40 deutschen Kindern polnisch gemacht sind, wurden immer jährlicher. Heute gibt es in Polen-Pommerellen 30 polnische Schulen, in denen mehr als 40 deutsche Kinder sind. In dieser Zahl sind noch nicht die Ortschaften der Kreise Soltau-Pommerellen und der Kreise Kempen und Ostrome-Südpoelen enthalten. In diesen letztgenannten Kreisen gibt es außerdem noch 31 polnische Schulen, von denen jede mehr als 40 deutsche Kinder zählt.

Der gegenwärtige Stand des deutschen Volksschulwesens im abgetretenen Gebiet zeigt deutlich, daß trotz des Minderheitenschutzvertrages die Entnationalisierung der deutschen Schulwesen durch systematische Zerstümmung der deutschen Schulen und Hinderbetriebe der deutschen Volksschulkinder in polnische Schulen von der Weite betrieben wird.

Danziger Hitlerjugend fahren nach Polen.

Zur einzigen Tagung des 1932/33 der Hitler-Jugend aus Danzig zur Teilnahme an einem zehntägigen Festlager in der Nähe von Szekopane zugewiesen wurden für von einem Vertreter der polnischen Jugendverbände.

Der ihrer Abfahrt empfang der Präsident des Senats die Jungen. In seinen Abschiedsworten sagte er, daß sie zu einer ganz besonderen Aufgabe ausersehen seien. Sie sollen als Vertreter der Danziger Jugend mit der polnischen Jugend in Verbindung kommen, diese kennen und verstehen lernen. War durch die Achtung vor dem fremden Volkstum könne eine Verständigung zwischen den Nationen herbeigeführt werden. Auch diese zeigt deutlich genug, daß der Nationalsozialismus ehlich bemüht ist, zwischen den beiden Nachbarvölkern unauflösliche Spannungen zu beseitigen. Durch die Herstellung lebendiger Verbindungen mit Polen werden wir es erreichen, daß der Nationalsozialismus auch dort ruhiger und damit hoffentlich richtiger beurteilt wird, als es bisher der Fall war. Besonders wenn sich die Jugend beider Völker kennenlernt, wird es möglich sein, dieses Ziel zu erreichen.

Ruf der bayrischen Ostmark.

Am 25. und 26. August veranstaltet der Bund Deutscher Osten, Landesgruppe Bayern-Pfalz, Hauptabteilung Bayer. Waldbreite, ein großes Treffen der „Verkehts-, Freimut- und Volkstrachten-Verbände im Aberegebiet am Brennes. Die Veranstaltung hebt unter der Schirmherrschaft des Herrn Ministerpräsidenten Siebert, München, Staatsminister Eijer und Staatsminister Schen m haben ihre Erscheinen zugepflegt.

Wir laden unsere norddeutschen Volksgenossen ein, diese Veranstaltung zum Anlaß zu nehmen, um die bayrische Ostmark zu durchwandern.



Wer dieses Zeichen trägt,
wirbt als Mitglied des
Bundes Deutscher Osten

für ein starkes deutsches Ostland.

Der Aufbauplan für Ostpreußen.

Rundfunkrede des Oberpräsidenten Erich Koch.

Am Mittwochsabend sprach der Oberpräsident von Ostpreußen, Erich Koch, im Rundfunk im Rahmen eines Singspieles über den großen Aufbauplan für Ostpreußen. Der Oberpräsident führte dabei u. a. aus:

„Das Schicksal Ostpreußens im nationalsozialistischen Reich läßt sich durch ein kurzes Wort kennzeichnen. Das Gesicht des deutschen Volkes wird vom liberalistisch-kapitalistischen Westen durch den Nationalsozialismus zum preußisch-sozialistischen Osten gewendet werden. Dieses Wort gilt sowohl in geistig-kultureller wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Durch Zeitungsveröffentlichungen ist bekannt, daß das Kulturreich des Ostens eine sichere Grundlage erhalten soll durch eine großzügig-gebaute Reichsuniversität und durch ein großes Reichstheater. Wirtschaftlich liegen die Dinge so: Bisher lag Ostpreußen, und zwar schon in der Vorkriegszeit, unter einem höheren Entwicklungsstand als die übrigen Teile des Reiches, insbesondere als der Westen und Süden. Unnötig soll das Verhältnis umgedreht werden. Durch bestimmte Maßnahmen des Reichs soll der allgemeine Rückgang in Ostpreußen niedriger gehalten werden als im Reich, so daß bei den Unternehmens eine natürliche Reizung entsteht, in Ostpreußen ihre Unternehmungen zu errichten.“

Wir müssen planmäßig die Bevölkerung Ostpreußens vermehren, kurz gesagt, wir müssen in Ostpreußen 1 bis 1½ Millionen Menschen mehr im Lande haben. Auch bei häufigster agrarischer Bewirtschaftung kann aber die Bevölkerung nicht um einen wirklich ins Gewicht fallenden Anteil vermehrt werden. Eine entscheidende Vermehrung der Bevölkerung Ostpreußens ist nur möglich durch eine Industrialisierung des Landes. Wir müssen



Schriftleiter Dr. W. Erles, Oberbauleiter der Landesgruppe Rheinland-Westfalen des VDO.
Zerst. i. Seite 348.

uns dabei die Verhältnisse in Württemberg zum Vorbild. Die Industrie soll im pfeifen Lande angesiedelt sein, der Industriegebiet soll ein eigenes Haus und sein eigenes Land erhalten und damit zu einem bodenständigen Menschen werden. Er soll Vorkolonist werden. Erst wenn, wie in Württemberg, der Bauer die Abnehmer seiner Produkte in nächster Nähe hat, erst dann kann er Preise für seine Waren erzielen, die ihm ein menschenwürdiges Leben gewährleisten. Darum ist diese Industrialisierung Ostpreußens die einzig mögliche und für alle Zukunft wirksame Baumaßnahme.“

Reben der bereits vorhandenen einheimischen Industrie muß eine neue Industrie aufgebaut werden. Die freie Unternehmensinitiative soll dieses Werk vollführen. Wir wollen Menschen und Arbeitsstätten aus dem Westen in gesunde Verhältnisse des Ostens bringen. Dadurch wird der industrielle Westen selbst aufgelockert. Der Westen ist also auf weite Sicht gesehen an der Durchführung dieses Unternehmens genau so interessiert wie der Osten. Diese Pläne bedürfen einer sorgfältigen Vorbereitung, und ihre Wirksamkeit wird sich in den ersten Anfängen erst im Winter und im nächsten Jahre einstellen.

Das Reich soll an Ostpreußens Eiligkeit und an Ostpreußens Kraftvolle Manneskraft glauben lernen. Das ist für uns der wichtigste Erfolg der Arbeitschicht. Noch Ende August wollen wir 30 000 bis 60 000 deutsche Volksgenossen in Arbeit und Brot auf unsere Ostpreußen bringen. Ostpreußen wird sich als ein reiches Land erweisen, das die Ostpreußische Wirtschaft stark durchbluten wird, durch so daß sie für die Industrialisierung wirtschaftlich vorbereitet wird.“

durch soll und wird die ostpreußische Wirtschaft stark durchbluten werden, durch so daß sie für die Industrialisierung wirtschaftlich vorbereitet wird.“

Wirtschaftskampf in Böhmen.

Von GILFORD WERNER, Untergruppenführer des VDO.

Wenn wir mit wachen Augen die entsetzliche Not unserer Brüder in Rußland verfolgen, die täglich Tausende deutscher Volksgenossen durch Hunger und Seuchen ermorde werden, dann kommt uns so recht zum Bewußtsein, was Grenzland- und Grenzlandarbeit bedeutet. Pioniere des Deutschtlums sind einst hinausgezogen, sich eine Existenz zu gründen, weil im Vaterland der Raum für alle Volksgenossen zu eng wurde. Draußen haben sie bewiesen, was deutscher Fleiß und deutsche Energie wert sind, denn aus dem Vordereichen haben sie blühende Kulturen gemacht. Wenn es nun heute dahin gekommen ist, daß infolge bolschewistischer Raubzüge deutsche Kolonisten, von Haus und Hof vertrieben, dem größten Hungergeheiß preisgegeben sind, dann liegt die Frage nahe, ob den ähnlichen Katastrophen nicht auch andre deutsche Gebiete betroffen werden können, die heute noch unter dem Druck der Fremdbesetzung stehen? Was ermorde ist? Unsere Jahnhundert alte deutschen Volksgruppen, die kulturell und wirtschaftlich höchste Bedeutung haben, sollen dem Untergang geweiht werden, und die zugewanderten, sozial niedrig lebenden Schichten der tschechischen Arbeiterbevölkerung der Roblen- und Industriegebiete sollen zum Sprengstoff für die Zerstörung unseres deutschböhmischen Sprachgebietes werden.

Das deutsche Böhmen ist ein reiches Land geworden, das mehrere Infanteen loht, von ihm Besitz zu erlangen. Die landwirtschaftlich schönsten und wirtschaftlich ertragreichsten Gegenden Böhmens liegen im deutschen Sprachgebiet, was zur Folge hatte, daß ein großer Strom diese Gebiete denutzte. Karlsbad allein hat etwa 68 000 Kurgäste in einem Jahr. Dazu kommen Marienbad, Fränkischbrunn, Stanzersbad, Bad Nauherberg, Gießhübel, Reichenau, Altmühlbad, Bad Vichowitz, Johannissbad, Margaretenbad usw. Fast alle Kurorte haben eine Kistenanfuhr ihrer heilkräftigen Trinkwasser eingerichtet, die bei einigen über die ganze Welt ausgedehnt ist, was natürlich außer anderem große Einnahmen an Steuern abwirft. Aber auch mit Bodenflächen aller Art ist dieses reiche Land beglückt, was allen mit angelegten Braunkohlenlagern. Die Kohlenfelder sind zu

ertraglich, daß neben dem heimischen riesigen Bedarf eine bedeutende Ausfuhr besteht. Deutschböhmen könnte vorerst werden, und auch noch an das Deutsche Reich und andere Staaten könnte Kohle abgegeben werden. Der tschechoslowakische Staat aber hat eine große Menge Kohlenbergwerke im tschechischen Gebiet und könnte sich als Abnehmer der deutschen Kohle wohl befinden. Überlandzentralen und große Elektrizitätswerke erzeugen und verteilen elektrische Ströme über weite Strecken Deutschböhmens, was ein Baugrund für die Erhebung zur Umkehrung deutschen Landes ist. Und sonst bietet der Boden unerhörliche Mengen an Erzen und Mineralien, Graphit, Granit und Basalt, Kolin und Tonerde. Weltbekannt ist der Saager Sappelanbau, und eigene Walfabriken sorgen für Verwertung der heimischen Wölfe zu Wolle in gutem Wert. Obst, Gemüse und sogar Weinbau wird betrieben, ferner verlangt der überreiche Zuckerrübenbau im ganzen Land nach eigenen Rohzuckerfabriken und Raffinerien, die Waffel erlangt haben. Aber auch alle heimischen Getreide- und Hülsenfrüchte sowie Futtermittel gedeihen in bester Weise und können den Bedarf Deutschböhmens gut decken, zumal viele große und kleine Mühlen die Verarbeitung selbst besorgen. Der Viehstand ist reich an Küstieren aller Art, und der Viehzuchtum in Jüssen und Seen bedeutend. Große Melkereien und Viehzuchtanstalten sorgen für zweckvolle Verwendung und Verteilung. Es würde zu weit führen, wollte man die sich aus einer sehr alten Hausindustrie entwickelte moderne Textilindustrie in allen Fabrikationszweigen schildern und die vielfach geliebte Seiden- und Baumwollweberei, Schafwoll- und Seidenindustrie, die während der Kriegsjahre, besonders gedehnt ist nur noch des mangelhaften Ackerbaues mit eigener Kunstlängerbekleidung und der rationell betriebenen Forstwirtschaft mit den zahlreichen Wäldern und Schneidewerken, die wiederum Anlaß geben zu Werkmannsbau für Schiffbauwerke und Rummelbelbereitung sowie zu Musikinstrumentenfabrikation und Säbwaren-

erzeugung. Daß die Papier- und Cellulose-Fabriken den großen Holzreichtum ausnutzen, versteht sich von selbst.

Was dieser Ubersicht kein Licht geben kann, daß die Eisenbahn nichts unerfüllt lassen werden, diese deutschen Gebiete und mehr zu durchdringen und schließlich zu durchziehen. Schon längst mußte das gesamte Österreich der östlichen Teile Millionen bewilligen, um den Elbe-Neubau-Bahnen durch Prag zu regulieren, und so wird kein Mittel unerfüllt bleiben, diese Stadt auf Kosten der großen deutschen Umschlagnetze zu einem Hauptbahnhafen zu machen, sozogen an einem erstschaffen Weichboden nicht gedacht werden. Vor allem sind auch die deutschen Kohlengruben und Bergwerke, das Eisen- und Stahlwerk, die Eisenbahnen, die ihren Umtrieb, die kaiserlichen Güter und großen Klüster mit ihren vielen künstlichen Ziel einer schließlichen Verkehrsleitung. Die Einführung der tschechischen Amtsprache im ganzen

Land bildet einen unübersteiglichen Reiz für die Tschechen, ihrer Intelligenz Stellen im urdeutschem Sprachgebiet zu verschaffen. Die geplante Verhinderung deutscher Beamter und Arbeiter in die Slowakei und in rein tschechische Gebiete, angeblich zur Erlernung der Staatsprache, ist ein Signal der Absicht, es ist höchste Zeit, daß die Grenzbezirke, selbständig werden und sich ihrer schicksalhaften Aufgabe am Bruder-volk in Böhmen erinnern. Es war auch höchste Zeit, daß endlich der „Zund Deutscher Osten“ ins Leben gerufen wurde, der neben allen Kulturfragen das Grenzproblem auf kulturpolitischen Gebiet zu lösen hat. Wenn wir als Grenzlandbewohner nicht eine vierzehntel nie wieder aufzunehmende Schuld auf uns laden wollen, dann heißt es anpacken!

Ostland-Woche.

Polnische Verfassungsreform in Vorbereitung.

Die polnische Regierung bereitet eine Reihe weitgehender Maßnahmen vor, die die politischen Kreise lebhaft beschäftigen. In erster Linie soll die Verfassungsreform in Angriff genommen werden. Der alte Entwurf der Regierungspartei soll angeblich fallen gelassen werden, und der Führer des Regierungsblocks, Oberst Slawek, soll einen neuen Entwurf vorbereiten.

Demnach soll in Zukunft die Gewaltenteilung aufhören und alle Staatsgewalt in den Händen des Präsidenten der Republik konzentriert werden. Der Senat wird grundlegend umgestaltet. Das Recht, die Angehörigen des Senats zu wählen, geht zunächst nur den Inhabern der beiden polnischen Orden, „Bistuti Militari“ und des Unabhängigkeitskreuzes zu. Die Wahlen wird der neuen Körperschaft, von der Präsident der Präsident diese Ernennung gibt nur als vorläufige Fiktion. Der auf diese Weise neu geschaffene Senat wird selbst zu bestimmen haben, wie sich seine Nachfolger zusammensetzen sollen. Als leitendes Prinzip gilt jedenfalls das der Auslese. Während die Gesamtheit der Staatsbürger als Wähler für das Abgeordnetenhaus zugefallen werden, soll durch die Reorganisation des Senats eine nationale Elite in größerer Anzahl auf die Gestaltung der Staatsführung eingewirkt werden.

Massenübertritt über die schlesische Grenze.

152 Erwerbslose aus Ostoberschlesien in Hünzburg.

Kürzlich demonstrierten die Erwerbslosen in Antonienbütte und Reudorf, weil die lobigen Männer und Frauen überhaupt keine Arbeit, wenigstens in bekommen nicht zu finden. Die Verhelferarbeiten bereit geküßert werden sollte, daß sie nicht ohne weiteres das Existenzminimum hätten. Die Entblätter über diese Maßnahmen wurde so groß, daß sich etwa 2000 Männer und Frauen zusammenfanden und erklärten, nunmehr nach Deutschland gehen zu wollen, um auf diese Weise den Völkerverbund (I) für ihre Sache zu interessieren.

An der Annahme, daß diese Leute die Grenze von Carl-Emanuel nach Porzenna überschreiten würden, begaben sich Polizei und Gendarmerteie verständig nach Carl-Emanuel. Janytschen waren die Leute aber zwischen der Wolfganggrube und dem Dominium Reudorf über die Wägen und Zehner an die Grenze gekommen, die polnische Seite nur mit einem Zollbeamten besetzt war. Dieser war gegen eine solche Masse machtlos. Er gab nur drei bis vier Schrotkugeln ab, wobei aber niemand getroffen wurde. Zur in Antonienbütte hatte eine Frau mit einem Delikt-Gebärmittel einen Schicksal über den Hals bekommen. Von den vielen Menschen überdrüssig verließen nur 151 Männer und 21 Frauen die grüne Grenze und wurden diesseits von der Polizei in Empfang genommen. Beim Marsch durch die Straßen des Stadtteils Jaborze nach dem 3. Polizeirevier riefen die Demonstranten wiederholt: „Rück zu den Polen“ und „Bei I Hille!“ Es waren nicht alle Teilnehmer bekannt, denen man die Einberufungen auf, zum dem Hofe der Polizei erklärten, seien alle übereinstimmend, sie könnten nicht verstehen, daß sie dürfen alle Oberlieferung anders behandelt werden als ihre deutschen Brüder in Westoberschlesien. Die jetzige Grenze sei widerfährig und solle beiseite gelassen werden.

Nach einigen Tagen, in denen die deutschen Behörden die Rücknahme der Erwerbslosen hereinbrachten hatten, wurden diese wieder über die Grenze zurückgebracht.

Dieser Vorgang ist bezeichnend für die Verarmung, in die die polnische Bevölkerung durch die ostoberschlesische Bevölkerung gebracht hat, andererseits aber auch für die wachsende Kraft, die ein starkes Deutschland auf die breiten Massen der Bevölkerung Polens ausübt. Hierfür haben wir noch zahllose andere Beispiele.

Verfall Ostoberschlesiens.

Ebenso wie bei Rudachmann die Grenzlinie einen millikräftigen Vogen machen mußte, um Polen in den Besitz des modernen Knappheitsparazets des ostoberschlesischen Industriegebiets zu bringen, ebenso zweckdienlich war auch die Grenzverlagerung nördlich von Weutchen. Um die Cernowitzer Bergschule an Polen zu verschaffen, mußte die Grenze hier einen abwärts nach Westen vorrücken. Vogen machen. So wurde die Stadt Cernowitz polnisch. Aber ebenso wie das Knappheitsparazet von Polen nicht erhalten werden konnte —

Gefährliche eines Denkmals.

Die Denkmäler, die die Polen nach Übernahme der Herrschaft über die deutschen Gebiete, errichteten, blieben meist irgendein mit Blumen geschmückte Reusen. Ein Denkmal aber wurde auf eigene polnische Weise wiederhergestellt. In Gieschenau, einer allein durch deutsche Arbeit entstandenen Mutterlehre Ostoberschlesiens, stand ein Bismarckdenkmal, das polnische Aufständische geköpft hatten. So stand es jahrelang, bis ein Schloss und ökonomisch veranlagte Polen auf den Gedanken kamen, daraus ein Sozialdenkmal zu machen. Zum Hof vor der Polenskirche wurde ein preußisches Uniformrock noch küßelstiefel getragen, aber das machte nichts. Man ließ also einen neuen Kopf anfertigen. Als er fertig war, stellte es sich heraus, daß er viel zu klein war. Gleichwohl hat man ihn aufgestellt.

Segen die deutsche Sprache.

Der „Dien Domerki“ regt sich darüber auf, daß in Pommernellen und auch besonders in den polnischen Ämtern und Behörden viel deutsch gesprochen wird, wobei ganz besonders den Beamten der Vorwurf gemacht wird, daß sie die Deutschen hierbei noch unterstützen, in dem sie selbst die deutsche Sprache annehmen. Es werden verschiedene Beispiele aus Ehren angeführt. Zum Schluß heißt es:

Derartige Beispiele könnte man in Menge anführen. Es erhebt sich die Frage, ob diese Beamten, die eine Stellung in den öffentlichen Einrichtungen in Pommernellen haben und dadurch verpflichtet sind, auf der Wacht des Potentams in unfernen bedrohten Gebiete zu stehen, irgend einmal daran gedacht haben, was einem Potenten passieren würde, der jenseits der Grenze in einem Amte polnisch sprechen würde. Und denkt ein solcher Beamter, der in polnischen Magistrats des polnischen Chors sitzend deutsch spricht, nicht daran, unter weichen Bedingungen er eine so gute Kenntnis der deutschen Sprache erlangt hat und unter weichen Umständen er diese vererbte Sprache sich selbst angeeignet hat? Damit soll einmal Schluß gemacht werden. Wenn sich nicht andere Gesichtspunkte, so möge uns wenigstens die nationale Würde veranlassen, das Hauptmal aus unfernen öffentlichen Leben hinauszuweisen. Das Hauptmal verdienstvoller pommereller Deutscher hatte Zeit genug, um polnisch zu lernen“ (aus der Gieschenauer Zeitung der Deutschen in Pommernellen).

Ein „Grenzübergangfall“.

Ein gemeinsamer Schmutzler aus Pommern machte am 11. Mai wieder einmal „einen Gang“ mit einer großen Menge Apfeln über die grüne Grenze nach Ostoberschlesien. In der Meinung, sich nach auf deutschem Gebiet zu befinden, verpackte sich Rosak in einem Getreidesack, um die Gage zu studieren. In Wirklichkeit war er aber bereits einige Meter jenseits der polnischen Grenze. Überhaupt selbst ein ein, ein polnischen Morgen von einem polnischen Grenzbeamten überbracht wurde. Er ließ die Apfeln ins Apfelnlein sein und brachte sich selbst durch die Nacht auf deutsches Gebiet in Sicherheit. Hier mußte er dann nichts Älteres zu tun, als der deutschen Zollbehörde die „Grenzübergang“ des polnischen Grenzbeamten zu melden, der ihm die Apfeln auf deutschem Gebiet abgenommen habe. Der so entstandene Unfall auf polnische Grenze polnisch wurde erst nach einigen Tagen an die deutsche Grenze überbracht. Die deutsche Kommission alle nur in der Meinung des polnischen Schmutzlers beruhend aufgeklärt. Wieder nach Polen zurückgebracht, wurde Rosak,

der noch immer an die Grenzverleihung des polnischen Grenzbeamten glaubt, wegen Verletzung eines deutsch-polnischen Grenzkonfliktes durch falsche Anzeige bei der deutschen Zollbehörde zur Verantworung gezogen. Der Staatsanwalt plädierte auf eine strenge Bestrafung, da der Angeklagte durch seine falsche Meldung einen internationalen und dem polnischen Staat schädlichen Zwischenfall verursacht habe. Kovak wurde zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Werbung für Öbingen.

Die polnische Regierung bemüht sich augenblicklich, sämtliche diplomatische Vertreter ausländischer Staaten in Polen für Öbingen zu interessieren. Dieser Zweck wird hauptsächlich dadurch erreicht, daß die Nachrichtenpresse nach Öbingen gemacht hat, ist jetzt der Gesandte Rumänien, Cadre, in Begleitung des Militärattachés und des Handelsrats der Gesandtschaft in Öbingen zu einer Hausbesichtigung eingetroffen. In den nächsten Tagen werden weitere ausländische Diplomaten in Öbingen erwartet.

Ein Jahr Gefängnis für ein Hakenkreuz.

Der der Bromberger Strafkammer hatte sich der 27jährige deutsche Landarbeiter Gultow Radom aus Heilbrunn (Kr. Schwab) zu verantworten. Radom soll am 19. April nachts an die Tür eines polnischen Hofbuches ein Stück Papier mit einem Hakenkreuz geklebt haben. Dieses Stück Papier wurde erst nach zwei Tagen entfernt. Polizisten hielten bei mehreren Deutschen Hausdurchsuchungen Radom fest. Er, der infolge der Behandlung im polnischen Hause, in dem er seine Wohnung abgab, nachts abgeholt, der Strauß mit sich und dieses Grundeigentum vertrieben, wurde gefesselt und dann nach Schwab abgeführt. Der Staatsanwalt beantragte in der Verhandlung 1½ Jahre Gefängnis, weil Radom dem polnischen Staat gefährlich sei. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis.

Das Gegenstück dazu bildet die Schändung der Lutherische in Coblentz. Dieser Raum wurde nachts abgeholt, der Strauß mit sich und ein Spottreißer auf die evangelische Kirche angebracht. Die Täter wurden gefasst und angeklagt, das Gericht sprach frei.

Vier Monate Gefängnis für einen Brief an Hitler.

Der dem Weiskirchner in Öbingen hatten sich der Landwirt Waldemar Pamiak aus dem Kreise Gnesen und der Zimmermann Stanislaw Pamiak aus dem Kreise Gnesen, beide des Art. 152 St. G. B. angeklagt waren. Der erste Angeklagte hatte an den Reichskanzler Hitler geschrieben und ihm darüber deklariert, daß ihm Polen im Jahre 1923 die Invalidentät entzogen hatte, die ihm infolge einer Verwundung in der deutschen Armee zuerkannt worden war. Der Briefschreiber hatte gleichzeitig gebeten, der polnischen Regierung von diesem Vorfalle nichts mitzuteilen, da ihm dafür eine Gefängnisstrafe drohe. Der zweite Angeklagte hatte sich, nach der

Anklageschrift, dadurch strafbar gemacht, daß er diesen Brief öffentlich verlesen habe.

In der Verhandlung rechtfertigte sich Pamiak damit, daß er den Brief in betrunkenem Zustande und erbittert darüber, geschrieben habe, daß ihm im Jahre 1923 die Invalidentät entzogen wurde. Beide Angeklagten wurden zu einer Gefängnisstrafe von je 14 Monaten und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von fünf Jahren verurteilt. Pamiak erhielt außerdem eine Geldstrafe in Höhe von 50 Slosy.

Polnische Hochschüler für Krieg.

Nach einer Meldung der „Deutschen Zeitung“ aus Lemberg wurde dort auf der Jahresversammlung polnischer Hochschüler folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die auf der Jahresversammlung der Studierenden verlesene polnische akademische Jugend hat fest, daß der Konflikt zwischen dem polnischen Volke und dem gesamten deutschen Volke ein historischer Konflikt ist, der früher oder später seine Lösung durch die Waffen finden wird. Die polnische akademische Jugend gelobt freiwillig, in diesem Kampf weder Waffen zu tragen noch persönliche Opfer zu scheuen.“

Gen und Unhalt derartigen Entschlüsse sind eine Zeit lang in Polen verbreitet. In Polen zum Kriege geholt, solange es besteht. Keinem Fremden würde es aber einfallen, diese Kriegspropaganda als Bedrohung Deutschlands gelten zu lassen, wenn wir vor internationalen Forum einmal davon sprechen würden.

Die Polen in Deutschland.

In der polnischen Bevölkerung Deutschlands gärt es. Die immer härter werdende landesverräterische Tätigkeit des Hauptverbandes der Polen in Deutschland, des „Krajowa Organizacja Wojskowa“, hat den polnischen Kreise betört. Schon vor Jahren hätte die negative Politik des Verbandes der Polen zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem beiden Kreisen, die schließlich zu einer Abspaltung eines Teiles der Minderheit und zur Gründung eines preußischen „Polenbundes“ führten. Zwei in Berlin und Oppeln erscheinende Zeitungen in polnischer Sprache unterstützen diese Richtung. In letzter Zeit gestaltet die Gemütslage wieder schärfer aufeinander. Sie ergreift sich dem in gewöhnlicher Form geführten Kampf der national-polnischen Richtung gegen Volk und Staat. Ein großer Teil der polnischen Bevölkerungskreise lebte es ab, sich in eine flautenbildende Bewegung hineinziehen zu lassen.

Siforkerkongreß in Warschau.

Vom 21. bis 28. August wird in Warschau der VII. Internationale Kongreß von Vertretern der Selbstbestimmtheitsbewegung tagen. Dieser Kongreß eine Vertiefung stellt über Länder. Da der Kongreß diesmal in Polen tagt, rechnet man mit einer besonders großen Zahl von Historikern, deren Sondergebiet die Geschichte des Slawentums bzw. Osteuropas bildet. Unter anderem wird eine Ausstellung der wissenschaftlichen Werke und Abhandlungen eröffnet werden, die in Polen seit 1918 erschienen sind.

Deutschumsarbeit im Osten durch das Buch.

Von Wilhelm Schessen, Geschäftsführer des Vorstehers von „Grenzbüchereid und Bildungspflege e. V.“

Die planmäßige Grenzbüchereiarbeit unter dem Gesichtspunkt der kulturellen Deutschumspflege in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches ist im Jahre 1919 durch den Verein „Grenzbüchereid und Bildungspflege“ aufgenommen worden, nachdem er vorher vier Jahre lang unter seinem früheren Namen „Verein zur Verbreitung guter volkstümlicher Schriften“ als Glied des Selbstschulungsvereins zur Verbreitung von Volkstum im Selbe und in den benachbarten Grenzgebieten hatte. Der volkstümliche Selbstschulungsverein hat seinen Schwerpunkt im Vorbergaud der Arbeit und wurde in den Grenzgebieten praktisch durchzuführen verlust, sowohl durch die Volksbücherei als Vermittlerin besten deutschen Kulturgutes aus Vergangenheit und Gegenwart wie auch durch die Grenzbüchereidbücherei.

Die erste energische Buchverbreitung hatte den Ziel im Auge, die deutsche Sprache in den Grenzgebieten durch die Zusammenarbeit mit den in den benachbarten Grenzgebieten entfallenden staatlichen Beratungsstellen für volkstümliches Bücherwesen ein und gefaltete sich im Laufe der letzten zwölf Jahre zu einer engen Arbeitsgemeinschaft für das gesamte Grenzbüchereidwesen. Die Volksbüchereidbewegung im Vordruckkampfe gegen fremdökologische Einflüsse für unsere deutsche Grenzbüchereidwesen in den Grenzgebieten hat einen wesentlichen Anteil an der polnischen Bevölkerung, die auf patriotischer, sondern auf deutscher Grundlage. So brauchen wir für jeden Ort eine einseitige deutsche Volksbücherei. Dabei erfordert nicht nur die jeweilige Eigenart des Volkstums jenseits der Grenze und die Vordruckarbeit jenseits der Grenze, sondern auch die landwirtschaftliche, soziale und weltanschauliche Struktur der deutschen Grenzbevölkerung selbst, aus der die Vordruckarbeit entwickelt werden sollen. Unsere Büchereidarbeit gilt allen rechtsdeutschen Grenzgebieten, also im Westen dem Saargebiet, der Pfalz und den Grenzgebieten Baden und Württemberg, im Osten den Ostpreußen. Das ist notwendig, unserer Arbeit im deutschen Osten gelegen, wo die wirtschaftliche Not und die

nicht nachlassenden Verdrängungen der fremdbildlichen Grenzschicht auf reichsdeutschem Boden die Bevölkerung besonders bedroht.

An Oppeln sind die polnischen Büchereien in den Kreisen mit polnischem Bevölkerungseinschlag, zumal an den Orten mit Minderheitenschulen, im Zentrum begriffen. Polnische Propagandabüros sind Mittelpunkt solcher Verdrängungen, sorgen für Versorgung mit Büchern, auch deutschsprachigen, im polnischen Sinn gehalten, und für palatzen Bücheranstand. Auch ungenutzte Bücherverteilung an die Landesbevölkerung findet statt; so wurden in den Jahren 1931 und 1932 in einem Kreise an der Südgrenze etwa 1500 Stück der „Kreuzritter“ von Siemkiewicz abgegeben. Daneben dürfen die litauischen Verdrängungen im Norden der Provinz nicht übersehen werden. Die preussische Büchereidarbeit ist in Litauen fast aus den besten Büchereidbüchereien ein und gestreitetes System von Kreisbibliothekarien über 250 Stammbüchereien in Stadt und Land umfaßt.

In den Gebieten Grenzmark Polen-Westpreußen und Ostpreußen werden von polnischer Seite vor allem die Schulbüchereien ausgebaut, die bei dem deutschen Buchwesen im Vorteil sind, während die polnischen Büchereien reichlich mit Vordruckbüchern versehen, damit schon die Kleinsten an das polnische Buch gewöhnt werden. Die Leiter der deutschen Büchereidstellen dieser Gebiete in Scheidewitz und Stolp leisten ihre Arbeit natürlich mit besonderem Nachdruck in derartigen von den Polen erfassten Orten ein. Beide Stellen haben ein enges Netz von einseitigen Schulbüchereien, umwickeln können; in der Grenzmark sind es 260 und in Ostpreußen 120 Stammbüchereien.

Nach der Bezirk Frankfurt a. d. O. gehört zu dem nördlichsten Grenzbezugsgebiet, das die abgegründete polnische Grenze auch hier gesteigerte deutsche Kulturarbeit drängen ermöglicht sein läßt und außerdem die Stadt Frankfurt a. d. O. ein Ausfallort für die gesamte ostdeutsche Kulturarbeit ist.

In der Vordruckarbeit über die öffentliche Bücherei nicht weniger als in den Landesgemeinden auch für die lesegewohnte Bevölkerung der vielfach gemischtsprachigen Indultriegemeinden mit ihrer

bilden. (Siehe 9. Fortsetzung in Nr. 24 des „Ostland“.) Am 11. November erschien in den Zeitungen eine Verfügung des Regierungspräsidenten zur Bildung von Bürgerwehren. Nach anfänglichem Widerstreben nahmen die Polen den Gedanken begierig an. Es wurde von ihnen dazu gedrungen, den Vorbereitungen zum Aufstand des Sohns der Selbstmordaktion vor allem nach die Rollen der sozialistischen und kommunalen Kräfte abzumischen. Beides ist ihnen zunächst wohl gelungen. Dabei kam ihnen jedoch, daß auf Grund der Demobilisierungsverordnung die Entlassung der Truppen in die Heimat voll einsetzte und der Zustrom der heimkehrenden Soldaten, auch der polnischen Nationalität, täglich wuchs. Aber es ist genau zu erkennen, daß die Bildung der polnischen Volkswehr zum Zwecke der demobilisierten Aufständischen längst im Gange war, bevor der Oberste „Polnische Volkerrat“ in Polen offiziell gebildet wurde. Die Berichte der polnischen Kreisvolksräte, früher geheime Kreiskomitees, in Repekis Schrift teilen mit, daß z. B. in Breschen das polnische geheime Kreiskomitee bereits am Anfang Oktober gebildet wurde. Hierherhine Tage später leitete schon die „geheim Organisation“ ein. Ein „Bewegungsbild“ sieht sich „Berein polnischer Kräfte“, der die polnischen Soldaten zum Zwecke der Erhebung sammelte. Schon am 11. November wird ein Werbebüro im Hause des Rajonoff aufgemacht, 10% Uhr waren bereits 250 Soldaten gemeldet. Um 11 Uhr wurde ein revolutionäres Volkswegweiser gebildet aus 12 Polen und 6 Deutschen. In einer Ansprache auf dem Markt wird öffentlich angekündigt, daß endlich die preislichen Kräfte preisgegeben seien und der Stern der Freiheit den Weikern zuwenden. Dann gingen 500 „Polen“ in umhergehender Ordnung in die Straßen und dort arbeitete für die sich öffnende Freiheit mit Gott zu beginnen“. In der fest ganz deutschen Stadt Reamtsloff hatte sich ein „Bürgerkomitee“ am 3. November gebildet und am 11. November mit Hilfe der Polen aus Reustadt bei „Dinne“ ein Arbeiteratt, damit auch polnische Militär gebildet werden könnte. Im Kreise „Polen-Ost“ wurde Hauptmann Franz Joseph Lirung zum „Volkswehr“ der „Volkswehr“ mehr aufgeführt. Er bekam von der Militärbehörde noch seinem eigenen Bericht 870 Gewehre Nobel 98 und 26 000 Patronen. Die

starke Ausstattung unmittelbar an den Keren „Polen“ muß auffallen. Franz Lirung wie sein Bruder, der Oberst Anton Lirung, waren polnisch gefolgt. Die Bürgerwehr wurde nach dem 27. Dezember eine rein polnische Organisation. Diese Bürgerwehren wurden in allen, auch den kleinen Städten, gebildet. Zu Gletz wurde nach am 11. November ein „Polenrat“ in Gletz zunächst eine „unabhängige“ Organisation gebildet. Dort übertrug man Jogleich einigen Mitgliedern die Leitung eines Schützengilde und Sokols gebildet werden sollte. Diese Komitee wandelte sich später auf Weisung des Obersten „Polnischen Volkswehrs“ in einen Kreisvolksrat um. Man hatte dort also in der Bildung der Bürgerwehr selbst „Polen“ vorgegriffen. Auch militärische Formationen bilden sich. Nach einem Aufruf des A. und S.-Rats aus Kreisvolksrat am 13. November arbeitete ein polnisches und eine deutsche Abteilung in vollkommener Uebereinstimmung brüderlich zusammen. Am 20. findet die erste polnische Parade für die Garnison statt. Die Jaroslawer polnische Kompanie von 200 Mann wurde dem Oltromer „Ersten polnischen Infanterie-Regiment“ zugeführt. Das „Polener Kavalabatt“ Nr. 553 vom 26. November 1918 brachte darüber eine Meldung. Das Oltromer Regiment ist als unpraktisch. Gleich darauf aber stellten die Beamten des Oltromerpräsidiums, einen Urlaubsbewerber des „Ersten polnischen Infanterie-Regiments“ aus Oltromer fest, der einem „Polener Bewohner“ gehörte. Die polnischen Zeitungen brachten in jenen Tagen ständig Berichte über die Bildung von Bürgerwehren. Häufig wurden die Rollen auf den Kreisvolksrat übertragen, z. B. Rajonoff. Jogleich setzte die „Arbeiterkomitees“ an und pflegten sie. Die Arbeiterkomitees der „Arbeiter-Sinbe“ wurde in Gletz und Jaroslawer gegründet und wurde der vornehmsten Damen öffentlich getragen. Das konnte nur ganz eindeutige Folgerungen zuzulassen. Ich habe aber nicht erfahren, daß von irgendeiner Seite der preußischen Behörden oder des stellvertretenden Generalkommandos irgend etwas dagegen gesehen wäre. So gingen die Vorbereitungen nicht nur in Duldung der deutschen Behörden, sondern mit Förderung der revolutionären Führerkräften vor sich unter Ausnutzung der Staatsgelder und öffentlichen Einkünfte zu Staatsfeindlichen Zwecken. (Fortsetzung folgt.)

Aus der Arbeit des Bundes Deutscher Osten.

Die Arbeit des BDO in der bayerischen Ostmark.

Der Aufbau der Landesgruppe Bayern/Pfalz des BDO ist im Grenzgebiet selbst zu einem ersten Abschluß gelangt. In einer Führerbesprechung am 6. August haben die Heimatvereine der bayerischen Ostmark ihre Eingliederung in den BDO vollzogen. Damit ist die Arbeit der Landesgruppe, was längst hätte geschehen müssen: Der kleinen Einzelständigkeit der bayerischen Politik jenseits der Grenze ist eine ebenso einseitige deutsche Grenzpolitik gegenübergestellt. Die bayerische Ostmark hat aufgehört, Rücksichtslosigkeit zu sein. Die Wende nach vornwärts, zum Aufbau dieses seit Jahrzehnten vernachlässigten Grenzgebietes hat mit voller Würde eingeleitet.

Besonders erfreulich bei dieser Zusammenfassung aller Kräfte in der Grenzpolitik ist es, daß diese Leistung erreicht werden konnte ohne den Aufbau der Organisation störender Ausschweifungen. Die Grenzverbände, die teilweise auf eine lange Geschichte operativer eigenständiger Arbeit zurückblicken, haben im Bund Deutscher Osten von vornherein nicht den etwaigen Gegner gesehen, sondern haben mit Begeisterung den Appell zum Zusammenstoß begrüßt und — insbesondere der Bayerische Arbeiter in der Oberpfälzer Walden — bereits von sich aus die organisatorischen Umstellungen vorgenommen, die für die Arbeit des BDO notwendig sind. Am 6. August haben jene als Heimatverbände im Bund Deutscher Osten für das unmittelbare Grenzgebiet die Aufgaben des BDO übernommen. Im Einvernehmen mit den örtlichen Untergruppenführern der Ostmark, die gegenwärtig in der Arbeit des BDO stehen, ist über die nächsten Wochen im Sinne der Arbeit des BDO aus. Sie sind dem Landesführer für die erfolgreiche Arbeitsleistung voll verantwortlich. Mit starker innerer Anteilnahme ist die bayerische Ostmark hinter den Bund Deutscher Osten getreten. Ein erster Zug des Arbeitsmittels geht durch das ganze Grenzgebiet, dem erst das Auftreten des BDO wieder neue Hoffnung gegeben hat.

So konnte der Bund Deutscher Osten, der in diesen Tagen aus seinen Landesführern zur praktischen Mitarbeit eingeleitet hat, ohne weitere Hemmnisse sofort an die Arbeit im Grenzgebiet selbst gehen. Mehrere Grenzfahrten des Landesführers Hanns Beer geben unmittelbares Einblick in die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten im Grenzgebiet. Aus der Fülle der Wünsche der Grenzbevölkerung wird zunächst das Bestreben hervorgehoben, die „Dinne“ in Gletz zu einem Mittelpunkt als vordringlich erste. Aus diesen Anregungen und den Untersuchungsergebnissen einer umfangreichen Arbeit des Instituts zur Erforschung des Deutschen Volkstums in Süden und Südosten (weiter unterrichtet Professor Dr. Karl Alexander v. Müller, Mitglied des Landesführersrates des BDO), die durch den Hauptabteilungsleiter für Ostführung, Dr. Kurt Grottmann, vorgezogen werden, sind eine Reihe von Plänen für die nächsten Jahre entworfen, die bereits heute von den zuständigen Staatsministerien bewilligt werden und die zum großen Teil noch vor dem Winter in

die Tat umgesetzt werden. Auf Grund dieser Vorarbeiten wird der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Hermann Essler, der Schirmherr der Landesgruppe Bayern, dem BDO die nötige finanzielle Unterstützung in der Größe vornehmen. Über die Eingliederung der weitreichenden „Dinne“ im Grenzgebiet werden weitere Mitteilungen noch gemacht werden. Eins geht jedenfalls fest: Auch im bayerischen Grenzgebiet wird das neue Deutschland, ebenso wie das in Ostpreußen in dem großen Hitler-Plan bereit gestellt, vollkommen neue Wege der Subvention, sondern die staatlich geförderte Selbsthilfe sein.

Am Montag, dem 14. August, vorausichtlich nachmittags 16.05 Uhr, wird der Landesführer des BDO, Hanns Beer, über die Bayerischen Sender zum Bayerischen Ostpreußen sprechen.

Eingliederung des Reichsverbandes Heimattreuer Ost- und Westpreußen in den BDO.

Der Reichsverband der Heimattreuen Ost- und Westpreußen veranlaßt am 3. August seinen 13. Verbandstag, um seine Auflösung und die Eingliederung in den BDO zu beschließen. Der Führer des BDO, Hanns Beer, benutzte diese Gelegenheit, die aus dem ganzen Reich erschienenen Vertreter der Ost- und Westpreußen im Herrenhaus zusammenzuführen und sie über den Sinn und die Aufgaben des BDO aufzuklären. In jeder weisungsbefehlenden Rede gab Dr. Vidtke zunächst ein Bild von der Zerrissenheit der bisherigen Ostarbeit. Er betonte vor allem, daß mit einer äußeren Gleichstellung die Zusammenarbeit nicht befähigt ist. Es komme allzu darauf an, daß jeder Deutsche in sich den neuen Staat wieder erschaffe aus der Zusammenarbeit möglichst nicht innerlich gleichgeschalteter Menschen könne eine organische Einheit auch in der Ostarbeit entstehen. Dem Willen des Führers Adolf Hitler entspräche es, wenn im BDO die Ostarbeit in diesem tiefen Sinn vereinheitlicht würde. Zwei Aufgaben seien der nationalsozialistischen Ostarbeit vor allem gestellt: Die Durchführung des Sozialismus und die Erreichung der Überwindung der Bundesführung, daß in der deutschen Kolonialpolitik des Mittelalters im Osten und besonders im Siedlungsraum Friedrichs des Großen der Sozialismus im nationalsozialistischen Sinne bereits Gestalt gewonnen nur. Sozialismus, das ist alte uralte Gemeinshaftsbewußtsein, das im vorigen Jahrhundert aus Deutschland verlorengegangen sei, und das es wieder zu erwecken gelte. Dieses sei nur durch die nationalsozialistische Bewegung zu erreichen unmöglich, gegen das starke deutsche Volkswußtsein, das Sozialistische im deutschen Volke, erfolgreich anzupacken. Das ganze deutsche Volk müsse wieder lernen, das Antlitz zum Osten zu wenden. Dr. Vidtke gab sodann den Zuhörern ein packendes Bild von der praktischen Arbeit, die der BDO jetzt schon leistet, und von dem Aufbau des Bundes, insbesondere dem Aufbau der Bundesämter für Ostführung, die durch die nationalsozialistische Bewegung, die sich in der Reichsversammlung einmündig seine Auflösung und Eingliederung der früheren Bundesmitglieder in den Bund Deutscher Osten.

Mitteilungen des Bundes Deutscher Osten.

Der Bundesführer.

In das von Herrn Ministerdirektor Prof. Dr. Gerullis geleitete Amt für Wissenschaft und Forschung wurden als Leiter der Abteilung für neuere Geschichte und Kriegsforschung Herr Oberamtsrat **Volkmann-Potsdam**, als Mitarbeiter Herr Dr. **Pothar Jitz**, Berlin berufen.

In das vom Hauptorganisationsleiter Herrn Jitzke geleitete Bundesamt für Heimat- und Volkstumspflege wurden berufen: als Leiter der Abteilung Memelland: Herr Direktor **Samel-Berlin**; als Leiter der Abteilung Posen: Herr Direktor **Saknich-Berlin**.

In den Bundesführerrat habe ich Herrn Direktor **Schellen-Berlin** berufen.

Die vom Landesführer Bayern-Pfalz, **Hanns Beer**, eingeleiteten Untergruppenführer werden hiermit von mir beauftragt, und zwar

- für die Untergruppe Paffau Herr Studentrat Dr. **Werner (Paffau)**,
- für die Untergruppe Regensburg Herr Stadtrat Dr. **Drieschner (Regensburg)**,
- für die Untergruppe Weiden Herr Oberarzt Dr. **Stark (Weiden)**,
- für die Untergruppe Hof Herr **Gustav Werner (Hof)**.

Von einem der vom Herrn Reichsminister des Innern eingeleiteten Kommissare ist an die von ihm gleichgeschalteten Verbände ein Auftrags-erlass worden, dem ich folgende Sätze entnehme:

„Zur Erleichterung der vorzunehmenden Überführung in die neue Organisation ordne ich an, daß alle zurzeit amtierenden 1. Vorständen jeder Organisation des Reichs bis in die Ostgruppen herunter die dem bisherigen Vorstand obliegenden Geschäfte selbstständig weiterzuführen. Unter Aufheben eventuell entgegengelegter Satzungsbestimmungen sollen sämtliche Befugnisse des Vorstandes und der Mitglieberterzählungen auf diese von mir bestellten Kommissare über. Die Bestellung geschieht auf beiderseitigen Widerruf.“

Die Kommissare sind mir persönlich dafür haltbar, daß keinerlei aktiver oder passiver Opposition gegen die vorliegende und die endgültige Lösung getrieben wird. Die Mitglieder sind ausdrücklich darauf hinzuwirken, daß z. B. Austrittserklärungen als passiver Widerstand gegen den klaren Willen des Staates gemertet werden. Kommen solche Austrittserklärungen vor, so ist sofort über den kommissarischen Führer des zulebenden Verbandes unter Angabe der genauen Anschrift des Austrittenden an mich Meldung zu erstatten.

Die Mitglieder eines Vereines oder eine Gruppe ohne meine Zustimmung oder Anordnung ihre Auflösung, so verfallt das mobile und immobile Vermögen der Organisation. Die Mitglieder der betreffenden Gruppe werden auf fünf Jahre von der Mitgliedschaft in der neuen Organisation ausgeschlossen.“

Stadtsteinach ehrt die Vorkämpfer der Ost-Dee.

Die Stadt Stadtsteinach im Frankenland hat den Schirmherren der Landesgruppe Bayern-Pfalz des Bundes Deutscher Osten, Staatsminister Hermann Effer, und den Landesführer des Bundes Deutscher Osten (Bayern), Hanns Beer zu Ehrenmitgliedern der Stadt ernannt. Eine Straße wurde Hermann-Effer-Straße, ein Platz Hanns-Beer-Platz benannt. Stadtsteinach bringt mit dieser Ehrung die besondere Verbundenheit mit dem Grenzkampf-Gedanken zum Ausdruck.

Der Gebietsführer Ostland der Hitlerjugend, Dr. **Uebel**, Md.R., der bisher im Reichsjugend-Kultusministerium tätig war, ist jetzt als Sachbündlungsamts des Jugendführers des Deutschen Reiches ins Reichsjugendministerium berufen worden. Gleichzeitig ist Dr. **Uebel** zum Reichsjugendführer zum Leiter der neuen Reichsjugendführerschaft der Hitlerjugend in Potsdam berufen worden. Im BDO leitete Dr. **Uebel** das Amt für Ostführung.

In der Mitglieberterzählung des Osteuropa-Institutes in Breslau vom 25. Juli d. J. wurde der Landesführer Schlesiens des BDO, **Stef Graf von Wartenburg**, zum Mitglied des Kuratoriums und in der darauf folgenden Sitzung des Kuratoriums zum Vorsitzenden deselben ernannt.

Landesführer Richard W. Eries.

Der Landesführer der Landesgruppe Rheinland-Westfalen des BDO, **Richard W. Eries**, lebt seit dem Jahre 1919 in der völkischen Bewegung, trat selbst im März 24 und Angehöriger von Eries 1922 in die NSDAP eingetreten, gründete er am 9. September 1922 die Ortsgruppe Oberhausen, war dann auch aktiv im

Der Landesführer Rheinland-Westfalen, **Dr. Richard W. Eries**, hat die Blätter der nationalsozialistischen Gauze seiner Landesgruppe zu amtlichen Publikationsblättern des Bundes Deutscher Osten bestimmt, und zwar: **Roblener Nationalblatt**, **Erierer Nationalblatt**, **Reinischer Merkur**, **Nationalzeitung Ellen**, **Nationalzeitung Müller**, **Reis Erbe Dortmund**, **Volksparade Weidelsdorf**, **Walddeutscher Beobachter Köln**, **Walddeutscher Grenzblatt Aachen**, **Oberbergischer Bote**, **Wuppertaler Zeitung**, **Vergischer Beobachter**.

Der Landesführer Niedersachsen, **Dr. Lunow**, hat den Hannoverischen Anzeiger und die Niedersächsischen Gauszeitung, beide in Hannover, ebenfalls zu amtlichen Mitteilungsblättern des BDO bestimmt.

Eine Reihe von deutschen Zeitungen hat sich entschlossen, fortan regelmäßige Ostheftchen herauszubringen, die vom Bund Deutscher Osten herausgegeben werden, so der „Walddeutscher Beobachter“ in Köln, das „Walddeutsche Grenzblatt“ in Aachen und der „Hannoversche Anzeiger“ in Hannover.

Für die mir aus Anlaß der Verleihung des Ostpreußenkreuzes sowie zu meinem Geburtstag ausgesprochenen Wünsche sage ich meinen herzlichsten Dank.

Die Landesführer.

Der Führer der Landesgruppe Bayern-Pfalz teilt mit: Mit der Führung der Untergruppe Hof habe ich Herrn **Gustav Werner** betraut. Herr **Werner** hat bereits den Bezirk Hof des Grenzlandamts geleitet.

Verfallungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Süd. Monatsversammlung am Montag, dem 14. August, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Berliner Rindl-Brauerei, Reucköln, Hermannstr. 214/219.

Ortsgruppe Berlin-West. Monatsversammlung am Montag, dem 14. August, abends 8 1/2 Uhr, in Berlin-Wilmersdorf, **Wilhelmshaus 114/115**, Restaurant **Viktoria-Garten**. Aufnahme der Mitglieder in den „Bund Deutscher Osten“. Verlesung eines Rundflugs über Berlin.

Haus „Kurmark“.

Viste 7.	Übertrog: 1147,70 RM.
Ortsgruppe Hermsdorf	16,-
Ortsgruppe Orlitzburg	5,-
Ortsgruppe Galau	5,-
Ortsgruppe Schneidemühl	10,-
Ortsgruppe Sürstennobbe	23,25
Konstab Vut, Schwiebus	3,50
Ortsgruppe Genthin	10,-

Stand vom 9. August 1933: 1214,45 RM.

Persönliche Nachrichten.

Ruhrobwehrkampf tätig und mußte, wie den Franzosen verfolgt, ins unbesetzte Gebiet flüchten. An den Märztagen 1925, nachdem **Adolf Hitler** erneut zur Sammlung in der NSDAP aufrief, gründete **Dr. Eries** im jüdischen Orten Ortsgruppen und Stützpunkte der Bewegung. Er ist seit 1920 Mitarbeiter an ostfälischen und seit 1925 als Schriftleiter an nationalsozialistischen Zeitungen tätig und Herausgeber der „Rein-Weißel-Brücke“. Die Gauszeitungen des „Völkischen Verlages“ und die „Braune Post“ jüden **Dr. Eries** zu ihren Mitarbeitern. **Dr. Eries** lebt somit jetzt länger Zeit im Dienste für den deutschen Osten und ist zudem aktiver SA-Mann; seine Mitgliedsnummer in der NSDAP ist 441.

Der Landrat des Reghekreises, **i. R. Freiberger** von **Cornberg**, ist vom preußischen Minister des Innern zum Regierungsdirektor in Schneidemühl ernannt worden.

In dieser Eigenschaft ist er im Einvernehmen mit dem preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mit Wirkung vom 1. August 1933 dem Regierungspräsidenten in Schneidemühl für die auf ihn übertragenen Aufgaben der früheren Abteilung für Kirchen- und Schulwesen zugestellt worden.

Landrat **L. E. Egid** in **Kreutz** ist vertretungsweise mit der Verwaltung der Stelle des Regierungspräsidenten des Oberpräsidiums in **Schneidemühl** und des Regierungspräsidenten **doelbst** beauftragt worden.

Im Regierungsgebäude fand in Gegenwart aller Beamten und des Gau-Inspektors für die kreisfreien Städte **Albrecht** durch den Oberpräsidenten, Staatsrat **Wilhelm Kube** die feierliche Einweihung der neuerrichteten Regierungspräsidenten **Dr. Egid** und des Regierungspräsidenten **Sandes** von **Hoffmann** statt.

